

Anlage 1

(zu Ziffer I Nummer 1 Buchstabe c)

Antrag auf Einbürgerung

Bitte alle Fragen beantworten. Sollte der Platz nicht ausreichen, weitere Ausführungen bitte auf einem Beiblatt machen. Bei Minderjährigen ab 16 Jahren ist ein eigener Antrag erforderlich.

Ich beantrage die Einbürgerung und mache über meine persönlichen Verhältnisse folgende Angaben**1. Angaben zur Person des Einbürgerungsbewerbers/der Einbürgerungsbewerberin**

Familiename, gegebenenfalls Geburtsname	Vorname(n)	Vermerke der Behörde	
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat		
Anschrift (Postleitzahl, Wohnort, Straße, Hausnummer)			
ausgeübter Beruf			
Telefon/E-Mail/Fax			
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft			seit (Datum)
Datum und Ort der letzten Eheschließung/Begründung der Lebenspartnerschaft			

2. Ehegatten/Lebenspartner

Familiename, gegebenenfalls Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat
Anschrift (Postleitzahl, Wohnort, Straße, Hausnummer)	
ausgeübter Beruf	
Staatsangehörigkeit(en)	Wird die Einbürgerung ebenfalls beantragt? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja

Frühere Ehen/Lebenspartnerschaften

frühere Ehen/Lebenspartnerschaften	
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Ehe/Lebenspartnerschaft von – bis	aufgelöst durch
Staatsangehörigkeit(en) des früheren Ehegatten/Lebenspartners	

5. Derzeitiger Aufenthaltsstatus

Niederlassungserlaubnis	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Aufenthaltserlaubnis	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Aufenthaltsberechtigung	<input type="checkbox"/> Ja, gültig bis	<input type="checkbox"/> Nein
Freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

Vermerke
der Behörde

**6. Angaben zu Ausbildung und beruflichem Werdegang
Schulbildung**

(bitte jeweils angeben: Zeiten, Schulart, Abschluss, Staat)

Berufsausbildung/Studium

(bitte jeweils angeben: Zeiten, Art, Abschluss, Staat)

Arbeitsverhältnisse, selbständige Tätigkeiten der letzten acht Jahre

(bitte jeweils angeben: Zeiten, Art, Anschrift des Arbeitgebers)

Vermerke
der Behörde

7. Eltern

leibliche Eltern

Adoptiveltern

Adoption wirksam seit:

nachgewiesen durch:

Vater

Familienname, gegebenenfalls Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat
Staatsangehörigkeit	
letzter Wohnort/Staat	
bereits verstorben	<input type="checkbox"/> Ja, am <input type="checkbox"/> Nein

Mutter

Familienname, gegebenenfalls Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat
Staatsangehörigkeit	
letzter Wohnort/Staat	
bereits verstorben	<input type="checkbox"/> Ja, am <input type="checkbox"/> Nein

Nur zu beantworten bei minderjährigen Einbürgerungsbewerbern

Ehe der Eltern besteht noch <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein (wenn nein, bitte auch die beiden folgenden Fragen beantworten)
Antragsteller wird vertreten durch (zum Beispiel Vater, Mutter oder Name der berechtigten Person)
Das Recht der Vertretung beruht auf (Angabe der Gesetzesbestimmung oder der gerichtlichen Anordnung)

Vermerke
der Behörde

8. Kinder

Hier sind minderjährige und volljährige, eheliche und nichteheliche Kinder einzusetzen

1. Kind:

Familienname, gegebenenfalls Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat
Staatsangehörigkeit	Das Kind soll mit eingebürgert werden <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

2. Kind:

Familienname, gegebenenfalls Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat
Staatsangehörigkeit	Das Kind soll mit eingebürgert werden <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

3. Kind:

Familienname, gegebenenfalls Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat
Staatsangehörigkeit	Das Kind soll mit eingebürgert werden <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

4. Kind:

Familienname, gegebenenfalls Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat
Staatsangehörigkeit	Das Kind soll mit eingebürgert werden <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Von diesen Kindern (bitte jeweils die laufende Nummer von oben eintragen) stammen aus

jetziger Ehe	früherer Ehe	keiner Ehe	Adoption
--------------	--------------	------------	----------

9. Sprachkenntnisse/staatsbürgerliche Kenntnisse

Nachweise zu

Sprachkenntnissen (Zeugnisse, Sprachzertifikate)	<input type="checkbox"/> Ja, und zwar:	<input type="checkbox"/> Nein
Staatsbürgerliche Kenntnisse (Einbürgerungstest)	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

10. Angaben zu Straftaten im In- und Ausland

abgeschlossene Strafverfahren

Angaben zum Gericht, Datum des Urteils, Tatbestand und Strafmaß noch nicht getilgter Strafen
Angaben zum Gericht, Datum des Urteils, Maßnahme bei Anordnung noch nicht getilgter Maßregeln der Besserung oder Sicherung

Vermerke
der Behörde

noch anhängige oder eingestellte Ermittlungsverfahren

Angaben zur Behörde/zum Gericht, bei der das Verfahren seit wann anhängig ist oder war
--

11. Angaben zu wirtschaftlichen Verhältnissen
Einkünfte

Erwerbseinkünfte (netto)	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Einkünfte aus selbständiger Arbeit	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Einkünfte aus Vermietung/Verpachtung	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Rente	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Unterhalt/Unterhaltskostenvorschuss	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Eltern- oder Erziehungsgeld	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Kindergeld	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Wohngeld	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Arbeitslosengeld I (SGB III)	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Arbeitslosengeld II (SGB II)	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Sozialgeld (SGB II)	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Sozialhilfe (SGB XII)	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Krankengeld	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Sonstige Einkünfte	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein

Alterssicherung

Für Alterssicherung ist gesorgt
<input type="checkbox"/> Ja, durch <input type="checkbox"/> Nein

Krankenversicherung

<input type="checkbox"/> gesetzliche Krankenversicherung	<input type="checkbox"/> private Krankenversicherung	Vermerke der Behörde
--	--	-------------------------

Nettoeinkünfte der übrigen Familienmitglieder

Name	Nettoeinkünfte <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	Betrag	Euro
Name	Nettoeinkünfte <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	Betrag	Euro
Name	Nettoeinkünfte <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	Betrag	Euro

Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche

Unterhalt ist durch Unterhaltsansprüche gesichert <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Name und Anschrift des Unterhaltspflichtigen	
Nettoeinkünfte des Unterhaltspflichtigen <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	Betrag Euro

Unterhaltsverpflichtungen

Bestehen Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Personen, die nicht zur Haushaltsgemeinschaft gehören? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Gegenüber welcher Person/welchen Personen?	
Unterhaltsrückstände <input type="checkbox"/> Ja, in Höhe von _____ Euro <input type="checkbox"/> Nein	

12. Vermeidung von Mehrstaatigkeit

Ich bin bereit, meine bisherige(n) Staatsangehörigkeit(en) aufzugeben und verpflichte mich, nach schriftlicher Zusicherung der Einbürgerung die erforderlichen Schritte zu unternehmen. <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Wenn „nein“ bitte nachstehend die Gründe angeben:	

13. Sonstiges

Ich habe in der Bundesrepublik Deutschland bereits früher die Einbürgerung beantragt <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Wenn „ja“ bitte auch die folgenden Fragen beantworten: Der Antrag wurde gestellt bei (Behörde, Ort, Aktenzeichen)	
Wurde über den Antrag entschieden, wenn ja, wie?	

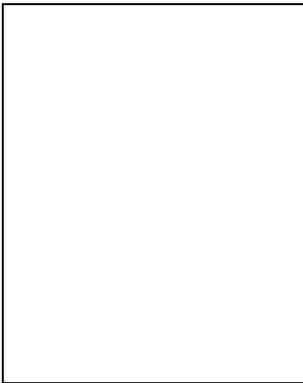
Verwaltungsgebühr:

Mit ist bekannt, dass für die Einbürgerung Kosten erhoben werden. Die Verwaltungsgebühr beträgt 255 Euro für jeden Einbürgerungsbewerber; für jedes miteinzubürgernde minderjährige Kind ohne eigenes Einkommen beträgt die Gebühr 51 Euro. Ob eine Gebührenermäßigung in Betracht kommt, kann auf Antrag geprüft werden. Auch die Ablehnung der Einbürgerung oder die Zurücknahme des Einbürgerungsantrags ist grundsätzlich kostenpflichtig.

Richtigkeit der Angaben und Mitteilungspflichten:

Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben. Ich habe davon Kenntnis, dass falsche oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder zur Rücknahme der Einbürgerung sowie zu einer Freiheits- oder Geldstrafe (§ 42 des Staatsangehörigkeitsgesetzes) führen können und dass ich verpflichtet bin, Änderungen meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich im Laufe des Einbürgerungsverfahrens ergeben, unverzüglich mitzuteilen.

14. Lichtbild (nur von Einbürgerungsbewerbern ab 16 Jahre)



15. Unterschriften

Einbürgerungsbewerber/in

Bitte erst bei Antragsabgabe unterschreiben	
<hr/>	<hr/>
Ort, Datum	Unterschrift des Einbürgerungsbewerbers/ der Einbürgerungsbewerberin

Miteinbürgerung von Kindern

Bitte erst bei Antragsabgabe unterschreiben	
Ich (wir) beantrage(n) hiermit die Miteinbürgerung für die in diesem Antrag als miteinzubürgernd aufgeführten Kinder.	
<hr/>	<hr/>
Ort, Datum	Unterschrift(en) der/des gesetzlichen Vertreter(s/in)

Bestätigung der Richtigkeit vorstehender Unterschrift(en) durch die Einbürgerungsbehörde

_____ Datum

_____ Unterschrift

Anlage 2

(zu Ziffer 1 Nummer 1 Buchstabe d)

Information über die im Einbürgerungsverfahren beizubringenden Nachweise

Um das Einbürgerungsverfahren durchführen zu können, benötigt die Einbürgerungsbehörde die nachfolgend aufgeführten Nachweise.

Personenstandsurkunden (zum Beispiel Geburts- oder Eheurkunde) und Identitätsnachweise (Pass, Passersatzpapier oder Ausweis) sind im Original beizubringen. Sonstige Unterlagen sind im Original vorzulegen, dem eine öffentlich oder amtlich beglaubigte Abschrift oder Ablichtung der Urschrift gleichsteht. Bei fremdsprachigen Dokumenten ist – mit Ausnahme des Identitätsnachweises – eine deutsche Übersetzung mit vorzulegen. Die Übersetzung hat durch einen beeidigten Dolmetscher oder Übersetzer zu erfolgen.

Sie werden gebeten, diese Nachweise der Einbürgerungsbehörde vorzulegen, möglichst gesammelt als einheitlichen Vorgang.

- Pass, Passersatzpapier, Ausweis
- Nachweis über die derzeitigen Staatsangehörigkeiten, zum Beispiel Pass, Staatsangehörigkeitsurkunde, Bescheinigung des Herkunftsstaates
- eigene Geburtsurkunde
- aktuelles Lichtbild (bei Einbürgerungsbewerbern, die das 16. Lebensjahr vollendet haben)
- ausführlicher Lebenslauf, der eine Schilderung des persönlichen und beruflichen Werdegangs enthält (bei Einbürgerungsbewerbern, die das 16. Lebensjahr vollendet haben)
- Bescheid über die Anerkennung als Asylberechtigter oder die Rechtsstellung als Flüchtling, Nachweis heimatloser Ausländer oder Staatenloser
- bei minderjährigen Einbürgerungsbewerbern Nachweis, wer Vertretungsberechtigter ist
- Eheurkunde oder Urkunde über die Eintragung einer Lebenspartnerschaft
- Geburts-/Sterbeurkunde des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners oder der Ehegattin/eingetragenen Lebenspartnerin
- Nachweis über die deutsche Staatsangehörigkeit des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners oder der Ehegattin/eingetragenen Lebenspartnerin, zum Beispiel Personalausweis, Pass
- frühere Ehen/eingetragene Lebenspartnerschaften: Scheidung, Sorgerecht und gegebenenfalls Nachweis über Unterhaltszahlungen
- Geburtsurkunden, Abstammungsnachweis für die Kinder
- Staatsangehörigkeitsnachweis der mit einzubürgernden Kinder, zum Beispiel Pass
- Urkunden zum Nachweis der gesetzlichen Vertretung
- Nachweis über die Adoption
- Geburts-/Sterbeurkunde der Eltern
- Heirats-/Eheurkunde der Eltern
- Staatsangehörigkeitsnachweis der Eltern
- Nachweis deutscher Sprachkenntnisse (zum Beispiel Zeugnis, Zertifikat)
- Nachweis über den erfolgreich bestandenem Einbürgerungstest
- Bescheinigung über die erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs
- Schulabgangszeugnis

- Nachweis über die Berufsausbildung
- Nachweis über den Abschluss eines Studiums oder den aktuellen Studienstand
- Nachweis über den Wehrdienst
- Zeugnisse der mit einzubürgernden Kinder/Schulbescheinigungen
- Mietvertrag
- Grundbuchauszug
- Vermögensnachweis
- Arbeitsvertrag
- Lohn- oder Gehaltsabrechnungen, Verdienstbescheinigungen der letzten drei Monate aller Familienangehörigen
- Bescheid über Arbeitslosengeld, Leistungen der Grundsicherung für Arbeitslose nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch oder Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch, Wohngeldbescheid
- Bewerbungsnachweise
- Kindergeldbescheid, Elterngeldbescheid, Erziehungsgeldbescheid, Bescheid über Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz
- Rentenbescheid
- Nachweis über Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit, Betriebswirtschaftsabrechnung vom Steuerberater
- Einkommensteuerbescheid
- Gewerbeanmeldung
- Rentenversicherungsnachweis
- Nachweis über die private Altersvorsorge
- Nachweis über die Kranken- und Pflegeversicherung
- Nachweis der Erwerbsunfähigkeitsversicherung oder Berufsunfähigkeitsversicherung

weitere Unterlagen:

Anlage 3

(zu Ziffer I Nummer 1 Buchstabe d)

Einbürgerungsantrag des/der

Familienname, Vorname(n)

Unterrichtung über die Erhebung, Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten im Einbürgerungsverfahren

Sie haben einen Antrag auf Einbürgerung gestellt. Um prüfen zu können, ob die Voraussetzungen für eine Einbürgerung vorliegen, benötigt die Einbürgerungsbehörde bestimmte Angaben zu Ihrer Person.

Diese Angaben unterliegen dem Datenschutz. Die Einbürgerungsbehörde ist gesetzlich befugt, personenbezogene Daten zu erheben, zu speichern, zu verändern und zu nutzen, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz erforderlich ist.

Die Einbürgerungsbehörde wird die notwendigen Daten nach Möglichkeit bei Ihnen selbst erheben. Sie kann allerdings auch Auskünfte zu Daten, die zu Ihrer Person bei anderen Behörden vorhanden sind, dort einholen, soweit dies notwendig ist. In allen Einbürgerungsfällen werden dementsprechend Anfragen an die Ausländerbehörde, an das Landeskriminalamt, an das Bundeszentralregister ab dem 14. Lebensjahr des Einbürgerungsbewerbers und an das Landesamt für Verfassungsschutz ab dem 16. Lebensjahr des Einbürgerungsbewerbers gerichtet. Die gesetzliche Ermächtigung gilt auch für weitere Auskünfte von Behörden, die zur Bearbeitung des Antrags oder zur Überprüfung Ihrer Angaben notwendig sind. Hiervon wird die Einbürgerungsbehörde nur Gebrauch machen, wenn es im Einzelfall geboten ist.

Sollten zur Antragsbearbeitung Auskünfte des Finanzamtes, der Sozialleistungsträger (Behörden, die für die Gewährung von Sozialleistungen wie Sozialhilfe, Wohngeld, Sozialgeld, Arbeitslosengeld oder Kindergeld zuständig sind) oder anderer Stellen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen, einschließlich der Frage, ob Sie den Bezug von Sozialleistungen ganz oder teilweise selbst zu vertreten haben, erforderlich sein, werden Sie zuvor um eine Einwilligungserklärung gebeten. Eine Einwilligungserklärung ist auch notwendig, wenn im Zusammenhang mit einer Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit Kontakt mit den zuständigen Behörden Ihres Herkunftsstaates aufgenommen werden soll.

Sie können diese Einwilligungen verweigern; das Verfahren kann dann jedoch nicht mehr weiterbetrieben werden, wenn deshalb Voraussetzungen für Ihre Einbürgerung nicht festgestellt und nachgewiesen werden können.

Die Einwilligungserklärungen sind frei widerruflich. Der Widerruf kann gegenüber der zuständigen Einbürgerungsbehörde oder gegenüber dem zuständigen Amt erklärt werden, auf das sich die Einwilligung bezieht.

Von den vorstehenden Ausführungen habe ich Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift

Anlage 4

(zu Ziffer I Nummer 1 Buchstabe e)

**Bekanntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung
des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und
Loyalitätserklärung**

1.	Familiename, Vorname(n)		
2.	<p>Ich bestätige, dass ich über die Bedeutung des Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, deren Grundsätze in dem nachfolgenden Erklärungstext, Nummer 3.1/4.1, abgedruckt sind, unterrichtet bin. Von dem Inhalt der Loyalitätserklärung habe ich Kenntnis genommen. Für mich trifft die Variante zu,</p> <p><input type="checkbox"/> dass ich niemals Bestrebungen der unter Nummer 3.2 genannten Art verfolgt oder unterstützt habe (weiter mit Nummer 3);</p> <p><input type="checkbox"/> dass ich früher Bestrebungen der unter Nummer 3.2 genannten Art verfolgt oder unterstützt habe, mich aber inzwischen hiervon abgewandt habe (weiter mit Nummer 4).</p> <p>Ich habe zur Kenntnis genommen, dass meine Einbürgerung ausgeschlossen ist, wenn sich bei der Prüfung meines Antrags tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass ich Bestrebungen der unter Nummer 3.2 genannten Art verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe und mich nicht von derartigen Bestrebungen abgewandt habe.</p>		
3.	<p>Keine Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen</p> <p>In Kenntnis der Bedeutung für den von mir beantragten Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gebe ich folgendes Bekanntnis und folgende Loyalitätserklärung ab:</p> <p>3.1 Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:</p> <ul style="list-style-type: none">– das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,– die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,– das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,– die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,– die Unabhängigkeit der Gerichte,– den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und– die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte. <p>3.2 Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die</p> <ul style="list-style-type: none">– gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder– eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder– durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.		
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"><tr><td style="width: 50%; padding: 5px;">Ort, Datum</td><td style="width: 50%; padding: 5px;">Unterschrift</td></tr></table>	Ort, Datum	Unterschrift
Ort, Datum	Unterschrift		

4. Abwendung von einer früheren Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen

In Kenntnis der Bedeutung für den von mir beantragten Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gebe ich folgendes **Bekanntnis** und folgende **Loyalitätserklärung** ab:

4.1 Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

4.2 Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

4.3 Ich habe jedoch früher, in der Zeit von _____ bis _____ derartige Bestrebungen verfolgt oder unterstützt. Hierzu mache ich folgende Angaben:

Von der früheren Verfolgung oder Unterstützung dieser Bestrebungen habe ich mich abgewandt.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

5. Bearbeitungsvermerk der Einbürgerungsbehörde

Die Unterrichtung ist im Zusammenhang mit der Antragstellung

- mündlich
- schriftlich durch Aushändigung eines Abdrucks dieses Bearbeitungsblattes

erfolgt.

Die Loyalitätserklärung ist

- in meiner Gegenwart von dem/der Antragsteller/in unterzeichnet worden
- schriftlich eingereicht worden.

Bemerkungen:

Datum	Unterschrift
-------	--------------

Anlage 5

(zu Ziffer I Nummer 2 Buchstabe a)

Einbürgerungsantrag des/der

Familiename, Vorname(n)

Ehegatte/eingetragener Lebenspartner des Einbürgerungsbewerbers

Familiename, Vorname(n)

Einwilligungserklärung

Ich willige ein, dass die Einbürgerungsbehörde zum Zweck der Durchführung

- meines Einbürgerungsverfahrens
- der von meinem Ehegatten/Lebenspartner beantragten Einbürgerung

Auskunft zu den erforderlichen Daten über meine Person bei nachfolgend genanntem Finanzamt einholt:

Finanzamt (Ort/Bundesland)

Die Daten werden ausschließlich zum Zweck der Durchführung des Einbürgerungsverfahrens verarbeitet und genutzt.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die Weiterbearbeitung meines Einbürgerungsantrags/des Einbürgerungsantrags meines Ehegatten oder Lebenspartners ohne die Einwilligung oder bei deren Widerruf nicht möglich ist, wenn deshalb Voraussetzungen für die Einbürgerung nicht festgestellt und nachgewiesen werden können.

Ort, Datum

Unterschrift

Anlage 6

(zu Ziffer I Nummer 2 Buchstabe a)

Einbürgerungsantrag des/der

Familienname, Vorname(n)

Einwilligungserklärung

Ich willige ein, dass die Einbürgerungsbehörde zum Zweck der Prüfung der wirtschaftlichen Voraussetzungen für die von mir beantragte Einbürgerung (§ 8 Absatz 1 Nummer 4 oder § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 des Staatsangehörigkeitsgesetzes) und zur Feststellung, ob ich den Bezug von Leistungen ganz oder teilweise selbst zu vertreten habe, Auskünfte bei nachfolgend genannten Sozialleistungsträgern einholt:

- Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch

Sozialamt des Landkreises, der Kreisfreien Stadt
Kommunaler Sozialverband Sachsen als überörtlicher Träger

- Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch

Agentur für Arbeit oder der für die Leistungserteilung zuständige
kommunale Träger

- Arbeitslosengeld und Insolvenzgeld nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch

Agentur für Arbeit

- Sonstige Sozialleistung

Behörde

Die Daten werden ausschließlich zum Zweck der Durchführung des Einbürgerungsverfahrens verarbeitet und genutzt.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die Weiterbearbeitung meines Einbürgerungsantrags ohne die Einwilligung oder bei deren Widerruf nicht möglich ist, wenn deshalb Voraussetzungen für meine Einbürgerung nicht festgestellt und nachgewiesen werden können.

Ort, Datum

Unterschrift

6. Besonderer Status

- Besitz eines Reiseausweises für Flüchtlinge (Asylberechtigter, ausländischer Flüchtling, heimatloser Ausländer)
- Staatenloser

7. Widerrufs-/Rücknahmeverfahren gemäß § 73 des Asylverfahrensgesetzes anhängig?

- Ja
- Nein
- Nicht bekannt

8. Angaben über anhängige und abgeschlossene Ermittlungsverfahren im In- und Ausland

Ja (Aktenzeichen, Ermittlungsbehörde, Straftatbestand und Verfahrensstand oder Verfahrensausgang angeben):

Nein

9. Hinweise auf eine politisch-extremistische Betätigung

Ja (Aktenzeichen, Ermittlungsbehörde, Straftatbestand und Verfahrensstand oder Verfahrensausgang angeben):

Nein

10. Ausschluss der Einbürgerung nach § 11 Satz 1 Nummer 2 des Staatsangehörigkeitsgesetzes

<input type="checkbox"/> Ja, Begründung:
<input type="checkbox"/> Nein

11. Bescheinigung über die erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs

<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
-----------------------------	-------------------------------

12. Sonstige Hinweise

--

_____ Datum

_____ Unterschrift

Anlage 8

(zu Ziffer I Nummer 2 Buchstabe d)

Einbürgerungsverzeichnis

Einbürgerung gemäß

 Miteinbürgerung minderjähriger Kinder (gemäß § 8 des Staatsangehörigkeitsgesetzes)**1. Angaben zur Person****1.1 Personalien**

	Einbürgerungsbewerber	Ehegatte/eingetragener Lebenspartner einzubürgern <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Familienname gegebenenfalls Geburtsname		
Vorname(n)		
Geburtsdatum		
Geburtsort Kreis, Staat		
Anschrift		
Familienstand Tag und Ort der Eheschließung	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> Ehe/Lebenspartnerschaft aufgelöst/geschieden	<input type="checkbox"/> Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> verwitwet
weitere Ehen Tag und Ort der Eheschließung/Be- gründung der Lebenspartnerschaft		
Staatsangehörigkeit(en) des weite- ren Ehegatten		
frühere Ehen/Lebenspartnerschaften		
von/bis		
aufgelöst durch		

1.2 Status, Wehrdienst

derzeitige Staatsangehörigkeit(en)		
nachgewiesen wenn ja, durch	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
frühere Staatsangehörigkeit(en)		
Verlustgrund		
besonderer Status		
Asylberechtigter	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Ja
ausländischer Flüchtling	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Ja
heimatloser Ausländer	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Ja
Staatenloser	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Ja
Wehrpflichtig im Heimatstaat	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
vom Wehrdienst befreit	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Wehrdienst abgeleistet	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
anderer Militärdienst (wann und in wessen Diensten?)		

1.3 Aufenthalt, Ausbildung

Aufenthaltsorte (Inland und Ausland, Zeiten, Ort, Staat)		
Schul- und Berufsausbildung (Zeiten, Art, Abschluss, Staat)		

1.4 Eltern des Einbürgerungsbewerbers

1.4.1 Vater

Familienname	
gegebenenfalls Geburtsname	
Vorname(n)	
Staatsangehörigkeit(en)	
Wohnort	

1.4.2 Mutter

Familienname	
gegebenenfalls Geburtsname	
Vorname(n)	
Staatsangehörigkeit(en)	
Wohnort	

1.4.3 Eheschließung

Tag und Ort der Eheschließung	
Die Ehe besteht noch	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

1.4.4 Vertretungsbefugnis für minderjährige Einbürgerungsbewerber

Bei Kindern unter 16 Jahre: Antrag wurde gestellt von	
Bei Kindern unter 16 Jahre: dem Antrag wurde zugestimmt von	
Die Vertretungsbefugnis beruht auf	

2. Miteinzubürgernde minderjährige Kinder

	1. Kind	2. Kind	3. Kind
Familienname			
Vorname(n)			
Geburtsdatum,			
Geburtsort			
Staatsangehörigkeit(en)			
Der Antrag wurde gestellt von			
Die Vertretungsbefugnis beruht auf			

3. Einbürgerungen nach § 9 Absatz 2 des Staatsangehörigkeitsgesetzes

Der Antrag stützt sich auf § 9 Absatz 2 des Staatsangehörigkeitsgesetzes	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Wenn ja: Sterbetag des Ehegatten/Tag der Rechtskraft des Scheidungsurteils	Sterbetag des Ehegatten	Scheidungsurteil rechtskräftig seit

4. Einbürgerungsvoraussetzungen

4.1 Staatsbürgerliche

Voraussetzungen	Einbürgerungsbewerber		Ehegatte	
ausreichende deutsche Sprachkenntnisse	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Bekanntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

4.2 Aufenthaltsstatus und -dauer

derzeitiger Aufenthaltsstatus		
geforderte Mindestaufenthaltsdauer	Jahre	Jahre
geforderte Mindestaufenthaltsdauer ist erfüllt	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

4.3 Straftaten und Ausweisungsgründe

Strafen im Strafregister (Bundeszentralregister) wenn ja: Gericht/Datum des Urteils/Straftatbestand/Strafmaß	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Verurteilungen im Ausland	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Ausweisungsgründe	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

4.4 Unterhaltsfähigkeit

ausgeübter Beruf		
eigene Netto-Einkünfte monatlich	Betrag (volle Euro) Euro	Betrag (volle Euro) Euro
Krankenversicherung	<input type="checkbox"/> Ja, durch <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, durch <input type="checkbox"/> Nein
Alterssicherung	<input type="checkbox"/> Ja, durch <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, durch <input type="checkbox"/> Nein
Pflegeversicherung	<input type="checkbox"/> Ja, durch <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, durch <input type="checkbox"/> Nein
Sozialleistungsbezug	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
	Art der Leistung seit wann Betrag	Art der Leistung seit wann Betrag
früherer Sozialleistungsbezug	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
	Art der Leistung Dauer Betrag	Art der Leistung Dauer Betrag
Der Einbürgerungsbewerber hat die Inanspruchnahme zu vertreten	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Bezieher von Wohngeld	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
früherer Bezug von Wohngeld	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Unterhaltssicherung durch Einkommen des Ehegatten	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Minderjährige ohne eigene Einkünfte, Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche		

5. Vermeidung von Mehrstaatigkeit

5.1 Ausscheiden aus der bisherigen Staatsangehörigkeit

Verlust kraft Gesetzes	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Entlassung möglich	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Abweichungen bei mit einzubürgernden Kindern				

5.2 Ausscheiden aus der bisherigen Staatsangehörigkeit

Hinreichende Gründe für die Hinnahme von Mehrstaatigkeit liegen vor	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Falls ja, Begründung				

6. Besondere Bemerkungen

--

7. Ergebnis der Prüfung/Zustimmungserfordernis

<input type="checkbox"/> Antragsstattgabe	<input type="checkbox"/> Antragsablehnung
Zustimmung der Landesdirektion Sachsen erforderlich	
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Zustimmung des Staatsministeriums des Innern erforderlich	
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

_____ Datum

_____ Unterschrift

Anlage 9

(zu Ziffer I Nummer 4 Buchstabe a)

Landesamt für Verfassungsschutz
Neuländer Straße 60
01129 Dresden**Einbürgerung**

Die nachstehend genannte Person hat ihre Einbürgerung beantragt. Es wird um Durchführung einer sicherheitsmäßigen Überprüfung gebeten.

Datum_____
Unterschrift

		Angaben zur Person		Abweichende Schreibweisen	
Familienname, gegebenenfalls mit akademischem Titel		Geschlecht <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w			
Geburtsname					
frühere Familiennamen					
Arbeits-, Künstlernamen					
andere Familiennamen (Aliasnamen und so weiter)					
Vorname (Rufname)					
weitere Vornamen					
andere Vornamen (Aliasnamen und so weiter)					
Geburtsdatum		Staatsangehörigkeit		Volkszugehörigkeit	
Geburtsort					
Staat, gegebenenfalls Kreis					
andere Geburtsangaben				erlernter Beruf	
derzeitige Tätigkeit					
Studium/Studienort(e), gegebenenfalls Universitäten					
Ausbildung/Ausbildungsort(e), gegebenenfalls Ausbildungsstelle(n)					
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort) am Ort des gewöhnlichen Aufenthalts					
Anschriften in Deutschland (einschließlich Mehrfachwohnsitze) der letzten ____ Jahre					
von	bis	PLZ	Ort	Bundesland	

Sonstige aus der Akte ersichtliche Abweichungen bitte hier eintragen und oben kennzeichnen (durch Ankreuzen)

Anlage 10

(zu Ziffer I Nummer 4 Buchstabe a)

Einbürgerungsantrag des/der

Familienname, Vorname(n)

Unterrichtung über die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz

Die von Ihnen beantragte Einbürgerung setzt unter anderem voraus, dass keine tatsächlichen Anhaltspunkte vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass Sie Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder verfolgt oder unterstützt haben, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Liegen solche tatsächlichen Anhaltspunkte vor, kommt die Einbürgerung nur in Betracht, wenn Sie glaubhaft machen können, dass Sie sich von der früheren Verfolgung oder Unterstützung derartiger Bestrebungen abgewandt haben.

Zur Prüfung, ob derartige tatsächliche Anhaltspunkte bestehen, wird das Landesamt für Verfassungsschutz durch eine schriftliche Anfrage beteiligt. Hierzu ist es notwendig, dem Landesamt für Verfassungsschutz Ihre Personalien (Name, Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, ausgeübter und erlernter Beruf, Anschrift) sowie frühere Aufenthaltsorte mitzuteilen.

Die rechtliche Grundlage für die Anfrage beim Landesamt für Verfassungsschutz ergibt sich aus § 2 Absatz 2 Nummer 5 des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes vom 16. Oktober 1992 (SächsGVBl. S. 459), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 17. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 890) geändert worden ist. Das Landesamt für Verfassungsschutz wertet nur vorhandenes eigenes Wissen oder bereits vorhandenes Wissen anderer Verfassungsschutzbehörden über Ihre Person aus und nimmt zu der Anfrage Stellung, falls ihm offen verwertbare Erkenntnisse vorliegen. Gegebenenfalls werden auch das bereits vorhandene Wissen der Einbürgerungsbehörde oder sonstiger öffentlicher Stellen in die Auswertung einbezogen.

Beim Landesamt für Verfassungsschutz werden aufgrund der Anfrage der Einbürgerungsbehörde nur dann Daten in automatisierten Dateien gespeichert, wenn bereits Erkenntnisse über verfassungsfeindliche, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Sinne des § 2 Absatz 1 des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes vorliegen.

Von den vorstehenden Ausführungen habe ich Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift

Anlage 11

(zu Ziffer I Nummer 5 Buchstabe b)

Einbürgerungszusicherung

Dem Einbürgerungsbewerber/der Einbürgerungsbewerberin

Familiename, Vorname(n)

Geburtsdatum

Geburtsort

Anschrift

wird die Einbürgerung für den Fall zugesichert, dass der Verlust der nachstehend genannten Staatsangehörigkeit(en) gegenüber der zuständigen deutschen Einbürgerungsbehörde nachgewiesen wird:

- 1. _____
- 2. _____
- 3. _____

Diese Einbürgerungszusicherung ist befristet und gilt einschließlich bis zum

Bis zu diesem Zeitpunkt muss der Einbürgerungsbehörde der Verlust der Staatsangehörigkeit(en) nachgewiesen worden sein. Andernfalls erlischt die Einbürgerungszusicherung.

Sie wird unter der Bedingung erteilt, dass sich die für die Einbürgerung maßgebliche Sach- und Rechtslage bis zum Ablauf dieser Frist nicht ändert.

Unterschrift

Anlage 12

(zu Ziffer I Nummer 5 Buchstabe c)

Einbürgerungsantrag des/der

Familienname, Vorname(n)

Geburtsdatum, Heimatstaat

Einwilligungserklärung

Ich willige ein, dass

- die zuständige deutsche Einbürgerungsbehörde
- die Landesdirektion Sachsen
- das Sächsische Staatsministerium des Innern
- das Bundesministerium des Innern und das Auswärtige Amt

mit den für die Entlassung aus der ausländischen Staatsangehörigkeit zuständigen Behörden meines Herkunftsstaates Kontakt aufnimmt und das Entlassungsverfahren gegebenenfalls begleitet, wenn meine Bemühungen erfolglos bleiben.

Ort, Datum

Unterschrift

Merkblatt über den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit bei Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit

Mit dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit besitzen Sie alle Rechte und Pflichten, die nach unserer Verfassung, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, ausschließlich Deutschen vorbehalten sind.

Ein deutscher Staatsangehöriger verliert seine Staatsangehörigkeit gemäß § 25 Absatz 1 des Staatsangehörigkeitsgesetzes grundsätzlich dann, wenn er freiwillig auf Antrag eine ausländische Staatsangehörigkeit annimmt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob er sich im Inland oder im Ausland aufhält. Der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit tritt in diesem Fall auch ein, wenn der Betreffende die ausländische Staatsangehörigkeit ehemals besessen hatte, es sich also um einen Rückerwerb handelt.

Mit dem Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit gehen auch alle Rechte und Pflichten eines deutschen Staatsangehörigen verloren. Der Betreffende ist ab diesem Zeitpunkt Ausländer und nicht mehr berechtigt, einen deutschen Reisepass oder Bundespersonalausweis zu führen. Die Ausweise werden von der Passbehörde eingezogen. Als Ausländer muss sich der Betreffende mit einem Reisepass seines neuen Heimatstaates ausweisen. Außerdem benötigt er für den weiteren Aufenthalt in Deutschland grundsätzlich eine Aufenthaltserlaubnis durch die Ausländerbehörde, eventuell einschließlich der Erlaubnis eine Erwerbstätigkeit auszuüben, zur Einreise in das Bundesgebiet unter Umständen einen Sichtvermerk (Visum).

Der Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit ist der Gemeinde des Wohnsitzes oder bei einem Auslandsaufenthalt der zuständigen deutschen Auslandsvertretung unverzüglich mitzuteilen. Sollte dies unterlassen werden und sollten durch Sie weiterhin die Rechte, die deutschen Staatsangehörigen vorbehalten sind, in Anspruch genommen werden, obwohl die deutsche Staatsangehörigkeit nicht mehr besteht, kann dies gegebenenfalls bestraft werden.

Die deutsche Staatsangehörigkeit geht bei Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit dann nicht verloren, wenn eine deutsche Staatsangehörigkeitsbehörde vor Erwerb der ausländischen Staatsangehörigkeit nach entsprechender Prüfung die Genehmigung erteilt hat, die deutsche Staatsangehörigkeit behalten zu dürfen (Beibehaltungsgenehmigung). Außerdem tritt der Verlust nicht ein, wenn eine Deutsche oder ein Deutscher die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder der Schweiz erwirbt.

Sollten Sie den Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit beabsichtigen, ist Ihnen daher zu empfehlen, sich rechtzeitig vorher mit der für Ihren Wohnsitz zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörde in Verbindung zu setzen. Soweit Sie sich im Ausland aufhalten, wenden Sie sich bitte an die zuständige deutsche Auslandsvertretung (Botschaft oder Generalkonsulat).

In Deutschland gilt der Grundsatz, dass Mehrstaatigkeit zu vermeiden ist.